

URL: [http://www.frankfurter-rundschau.de/in\\_und\\_ausland/wirtschaft/aktuell/?em\\_cnt=1006550](http://www.frankfurter-rundschau.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1006550)

**Schwarze sind sich nicht grün**

## **Agrar und Forschung streiten über Gentechnik**

**Innerhalb der Bundesregierung wird weiter über die Novelle des Gentechnikgesetzes gestritten. Die Fronten verlaufen dabei weniger zwischen Union und SPD als vielmehr zwischen CSU-Agrarminister Horst Seehofer und seiner CDU-Forschungskollegin Annette Schavan.**



Seehofer hat dazugelernt (ap)

Berlin - Beim Thema grüne Gentechnik kann man derzeit leicht den Überblick verlieren. Vor knapp einem Jahr fiel der frischgebackene Landwirtschaftsminister Seehofer durch einen sehr unbefangenen Umgang mit der Thematik auf. Getreu der industriefreundlichen Wahlprogrammatik der Union kündigte der CSU-Vize eine baldige Liberalisierung der bestehenden rot-grünen Regelungen an. Wenige Monate später vollzog er eine Wende und hob (im *FR*-Interview) hervor, es dürfe "keinen Vorrang der Wirtschaftsinteressen gegenüber dem Schutz für Mensch und Umwelt geben".

Seehofers ursprünglicher Plan, bis zur Sommerpause Eckpunkte für eine Novelle des Agro-Gentechnikrechts ins Kabinett zu bringen, war bereits im Juli hinfällig. Der Koalitionspartner SPD pochte auf klare Schutz- sowie Haftungsregeln für die gentechnikfreie Landwirtschaft, und auch der Amtsneuling selbst räumte ein, bei diesem Thema "dazugelernt" zu haben. Schließlich mahnte CSU-Generalsekretär Markus Söder an, die "Schöpfung" zu bewahren und in Sachen Gentechnik "nicht die Natur dem Kommerz zu opfern".

Heute ist sogar ungewiss, ob die Novellierung überhaupt noch in diesem Jahr angegangen werden kann. "Im November wird das nichts mehr, auch bis Weihnachten dürfte es eng werden", erfuhr die *FR* am Mittwoch aus Koalitionskreisen. Ungelöste Fragen gebe es sowohl mit der SPD, als auch - in weitaus größerem Umfang - mit Forschungsministerin Schavan, heißt es.

Die Kabinettskollegin wirft Seehofer dem Vernehen nach übertriebene Rücksichtnahme auf Umweltbelange vor. Schavan erachtet den vom Landwirtschaftsminister befürworteten Mindestabstand von 150 Metern zwischen Gen-Anbauflächen und konventionellen oder Bio-Feldern als zu groß. Daneben beanstandet sie an den Eckpunkten den vermeintlich zu hohen bürokratischen Aufwand für Experimente; schließlich dringt Schavan darauf, Versuchsflächen nicht mehr in öffentlich einsehbaren Standortregistern auszuweisen. Mit dem SPD-geführten Umweltministerium klappte die Ressortabstimmung dagegen vergleichsweise reibungslos, betonen Regierungskreise.

### **"Zunächst Erfahrungen mit dem geltenden Gesetz sammeln"**

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber wies im Gespräch mit der *FR* auf einige "noch offene Fragen" hin: So müssten in den Eckpunkten die künftigen Handelsbedingungen zwischen gentechnikfrei produzierenden Bauern und ihren Abnehmern präzisiert werden. SPD-Agrarpolitiker pochen darauf, dass als zufällig gentechnisch "verunreinigt" bereits Ernteprodukte eingestuft werden, die die Nachweisgrenze von 0,1 Prozent überschreiten. Seehofer hält dagegen bisher einen Schwellenwert von 0,9 Prozent für ausreichend. Klärungsbedarf sieht Kelber auch in der Frage, in welchem Umfang Öko-Landwirte künftig finanziell für Tests aufkommen müssen, die ihre Ware als genfrei ausweisen.

Die SPD-Agrarexpertin Elvira Drobinski-Weiß nannte es in der *FR* entscheidend, "die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion vor Beeinträchtigungen durch die Gentechnik zu schützen". Angesichts der "Uneinigkeit und Unsicherheit beim Koalitionspartner" stelle sich die Frage, ob die Gesetzesnovelle jetzt wirklich erforderlich sei; naheliegender sei es, "zunächst Erfahrungen mit dem geltenden Gesetz zu sammeln und dann in Ruhe zu diskutieren, wo Änderungsbedarf besteht".

"Größte Sorgfalt" mahnen auch die Grünen an. "Seehofer sollte sich genau überlegen, welche Bedingungen an die Agro-Gentechnik gestellt werden", sagte die verbraucherpolitische Sprecherin der Partei, Ulrike Höfken. Einige Forderungen aus den Reihen der Forschungspolitiker sind nach ihrer Ansicht "unsittlich". *Michael Bergius*

[ document info ]

Copyright © FR online 2006

Dokument erstellt am 08.11.2006 um 17:21:00 Uhr

Letzte Änderung am 08.11.2006 um 18:17:31 Uhr

Erscheinungsdatum 09.11.2006